



Christa Luft

Das Dilemma neoklassischer Dogmen – Wider die geistige Monokultur, für Pluralität in der ökonomischen Wissenschaft

- Analyse am Beispiel der Volkswirtschaftslehre -

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 8. Oktober 2015

1. Warum dieses Thema ?

Mir war nicht an der Wiege gesungen, dass es mich für einige Jahre aus Hochschulgefilden ins politische Geschehen verschlagen würde. Von 1994 bis 2002 war ich direkt gewählte Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aus dem Osten kommend vertrat ich meine Fraktion im Haushalts- sowie im Wirtschaftsausschuss. Dort besaßen die *westdeutsch* sozialisierten Abgeordneten anderer Fraktionen überwiegend einen vom ökonomischen Mainstream, von der Neoklassik, geprägten Ausbildungshintergrund. Der Glaube an sich über das Konkurrenzprinzip, selbst regulierende Märkte, weitestgehende Staatsabstinz und die Überzeugung vom rationalen, eigennützigem Individuum, dem Homo oeconomicus, fielen besonders auf. Arbeitslosigkeit galt nicht als gesellschaftliches, sondern als individuelles Problem. Arbeitslosen wollte man daher mit der Agenda 2010 „Druck“ machen. Die europäische Integration wurde den Märkten überantwortet, um so höchst heterogene Wirtschafts- und Sozialmodelle der beteiligten Länder „nachziehen“ zu lassen. Ein häufig genutzter Terminus war „Sachzwang“. Dahinter kann Politik sich gut verstecken und aus der Verantwortung ziehen. Demokratische Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Organisationen an Entscheidungsfindungen ist dann störend.

Die aus *Ostdeutschland* stammenden Ausschusskolleginnen und -kollegen verinnerlichten rasch, was Michael Krätke so beschreibt: „Politiker, die als ‚seriös‘ gelten wollen, haben gefälligst in der Sprache des ökonomischen Mainstream zu argumentieren... Wie einstmal die Beherrschung des Lateinischen oder später des Französischen ist heute die Beherrschung der ‚Sprache der Ökonomie‘ eine der wesentlichen Bedingungen, um Zutritt zu den internationalen Eliten in Politik und Wirtschaft zu erhalten“ (Krätke 1999:1). Krätke beschreibt die herrschende Lehre der neoklassischen Ökonomie als eine „formidable geistige Macht.“ In der Politik kommt sie im Gewand des Neoliberalismus daher,¹ der auf eine Marktgesellschaft Kurs nimmt. Von Politikern werden Gesten erwartet, die die bereitwillige Unterwerfung unter die vermeintlich universelle Logik der ökonomischen Sachzwänge signalisieren.

Wohl wissend, dass ich mich besonders mit Banken-, Börsen-, Steuer- und Haushaltsfragen intensiv befassen und von der einen oder anderen ideologischen Position freimachen musste, wollte ich derlei Anpassung nicht üben. Sobald ich in Plenardebatten

- von der fortschreitenden „Entbettung der Wirtschaft aus der Gesellschaft“ sprach, ein von Karl Polanyi treffend bezeichnetes realkapitalistisches Phänomen,
- oder einwandte, dass es die echte, auf umfassendem Wettbewerb beruhende Marktwirtschaft höchstens zwischen kleinen Unternehmen und Selbständigen gibt, die Großkonzerne aber von der Rohstoffbeschaffung bis zum Absatz die gesamte Wertschöpfungskette kontrollieren,
- oder wenn ich kritisierte, dass Wirtschaft, Gesellschaft und Natur der Kapitalverwertung untergeordnet werden,

führte das vor allem bei Unions- sowie FDP-Kolleginnen und -Kollegen zu aufgebrauchten Reaktionen.

¹ Neoklassik ist die herrschende Lehre der Ökonomie, Neoliberalismus die herrschende politische Lehre.

Ich hätte doch den Sozialismus erlebt, ob ich den etwa zurückhaben wolle. Der sei doch wohl zu Recht gescheitert. „Sie haben noch Marx und Lenin im Kopf und argumentieren dogmatisch“, hieß es. Dabei hätte es keiner besonderen intellektuellen Anstrengung bedurft, mit im Mainstream zu schwimmen.

Über ein Jahrzehnt ist seit meinen damaligen Erfahrungen und Eindrücken vergangen. Nach den im September 2008 von der Wallstreet ausgehenden Turbulenzen kam es fast zum Zusammenbruch des finanzgetriebenen Kapitalismus. Da interessierte mich, ob und inwieweit Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik nach der jüngsten großen Krise zu Neuorientierungen bereit sind. Ich knüpfte an Befunden an, auf die ich in anderen Zusammenhängen bereits gestoßen bin (Luft 2011, 2012, 2013), ergänze diese und suche nach Chancen vom Mainstream abweichender Denkansätze, in Lehre und Politik Eingang zu finden.

In der DDR und den meisten anderen realsozialistischen Ländern war ausschließlich der Marxismus, genauer – der Marxismus-Leninismus – als Grundlage und Orientierung wissenschaftlichen Arbeitens akzeptiert. Ihm kam gewissermaßen die Rolle eines Katechismus, eines Kompendiums ewiger Wahrheiten zu. Er galt als der Weisheit letzter Schluss, als unantastbar, als nicht interpretationsfähig und -bedürftig. Andere Denkansätze wurden weitgehend übergangen bzw. einseitig kritisch bis abfällig behandelt. Ein Armutszeugnis für Lehre und Forschung! Gerhard Zwerenz sprach kurz vor seinem Tod davon, dass im Sozialismus „Lehren zu Dogmen verwurstet“ wurden. Ein solcher Vorgang ist, wie sich zeigt, nicht auf das verflornte Gesellschaftssystem beschränkt.

Gottfried Wilhelm Leibniz, der Namensgeber unserer Sozietät, steht für den Anspruch,
dass theoretische Konzeptionen immer auch Anwendungsperspektiven mit sich führen sollen und umgekehrt wesentliche Praxisteile einer theoretischen Fundierung bedürfen.

Und für den britischen Physiker John Desmond Bernal (1901-1971)
ist die Wissenschaft keine Angelegenheit reinen Denkens, sondern eines Denkens, das beständig in die Praxis hineingetragen und durch die Praxis erneuert wird.

Diese Ansprüche gelten nicht nur für die Naturwissenschaften, sondern auch für die Sozial-, darunter die Wirtschaftswissenschaften. In letzteren werden Jahr für Jahr hierzulande Zehntausende und weltweit Millionen angehender Intellektueller und zukünftiger Führungskräfte im Einheitsdenkstil des ökonomischen Mainstream unterwiesen.

Als Absolventen sind sie nicht nur in der akademischen Welt präsent, sie sind auch in Regierungen, Parlamenten, in Politikberatung, Medien, Wirtschaftsunternehmen, Banken, Parteien, Verbänden, nationalen think tanks, internationalen Organisationen² und Beraterstäben involviert.³ Die politische Reichweite der ökonomischen Lehre ist also beträchtlich. Die Weichen für ein Umsteuern in Wirtschaft und Gesellschaft müssen in den Köpfen gestellt werden.

Legen wir im Folgenden also die Maßstäbe „*Praxistauglichkeit*“ und „*Lernfähigkeit*“ an die in der Wirtschaftswissenschaft, namentlich in der Volkswirtschaftslehre an deutschen Hohen Schulen dominierende ökonomische Denkschule, die Neoklassik und den sich darauf stützenden Neoliberalismus an.

Vorher aber in Stichpunkten und ohne die zahlreichen Strömungen besonders zu erwähnen, zu den geistigen Traditionen in der Volkswirtschaftslehre.

² Anders als die großen Agenturen der internationalen ökonomischen Politik wie IWF, Weltbank, WTO, OECD usw. bieten relativ machtlose Organisationen wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) gelegentlich auch Außenseitern, also nicht hundertprozentigen Neoklassikern, eine Chance, hat Michael Krätke beobachtet.

³ Mit der Konstruktion ökonomischer Eliten befasst sich am Beispiel der Volkswirtschaftslehre Jens Maeße in seinem Buch „Eliteökonomien. Wissenschaft im Wandel der Gesellschaft: Springer VS, Springer Fachmedien Wiesbaden 2015.“

2. Geistige Traditionen in der Volkswirtschaftslehre

In der Volkswirtschaftslehre lassen sich folgende geistige Haupttraditionen ausmachen:

- die auf der ökonomischen Klassik fußende und in Teilen mit ihr brechende Neoklassik,
- der Keynesianismus, der vom Neoliberalismus verdrängt wurde, und
- der Marxismus, der allerdings im akademischen Betrieb der alten und der neuen Bundesrepublik keine relevante Rolle spielt.⁴

Bis in die siebziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts beruhte das ökonomische Denken auf den Theoremen der Klassik (auch Wirtschaftsliberalismus genannt). Deren bekannteste Vertreter waren Adam Smith (1723-1790) und David Ricardo (1772-1823), beide gelten als Väter der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie, sowie Karl Marx (1818-1883), der eine sich als Kritik eben dieser klassischen Politischen Ökonomie und der bürgerlichen Wirtschaftslehre verstehende Denkschule begründete.

Von Adam Smith stammt das in seinem 1776 erschienenen Buch „Wohlstand der Nationen“ entwickelte Postulat: Das Wohl aller ergibt sich aus dem egoistischen Verhalten, dem Eigeninteresse der tauschenden und handelnden Individuen. Der Mensch wird als eine „kalkulierende Maschine“ (Chrouch 2015: 64) verstanden, als homo oeconomicus. Der Markt als unsichtbare Hand ist vollkommen, reguliert sich selber, befindet sich daher im Gleichgewicht und löse alle Probleme, wenn man das Kapital gewähren lässt.

An solche Postulate der Klassik knüpften die Väter der im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts entstandenen Neoklassik an: der Franzose Jean-Baptiste Say (1767-1832), der Engländer Alfred Marshall (1842-1924), der Franzose Leon Walras (1834-1910) sowie der Italiener Vilfredo Pareto (1848-1923). Egoistisches Gewinnstreben und Konkurrenz sind auch neoklassische Leitplanken. Öffentliche Güter sowie Netzbetriebe sollten aber von der öffentlichen Hand angeboten bzw. kontrolliert werden.

Neben Anknüpfungen kam es zu Brüchen mit der Klassik. Smith und Ricardo, sahen die Preise allein bestimmt durch die Produktionskosten, letztlich durch die in den Waren enthaltenen Arbeitsquanta. Die subjektiven Nutzensvorstellungen der Menschen und deren Nachfrageverhalten spielten nur insofern eine Rolle, als Unternehmen nicht an den Bedürfnissen vorbei produzieren durften. Die Werttheorie der Klassik wird auch als „objektive Werttheorie“ bezeichnet. Die Begründer der neoklassischen Theorie versuchten hingegen, die Preise unter Berücksichtigung des individuellen Nachfrageverhaltens, der Nutzensvorstellungen der Käufer zu erklären. Daher gilt dieses Konzept als „subjektive Werttheorie“ und spiegelt sich heute noch darin wider, dass ein Großteil der Konsumausgaben nicht auf den Gebrauchswert gekaufter Güter und darin enthaltene Arbeitsquanta entfällt, sondern auf ihre Aura, auf die Ausstrahlung. Deshalb geben Produzenten immer mehr Geld aus für Marketing und Werbung, für Produktdesign sowie verfeinerte Methoden der Verkaufsförderung.

Auf dem Hintergrund der Großen Depression mit ihrer weltweiten dauerhaften Arbeitslosigkeit entstanden Zweifel an der Eignung der neoklassischen Theorie, den realen Verlauf der Wirtschaftsprozesse zu erklären. Zum radikalsten Kritiker entwickelte sich der britische Ökonom John Maynard Keynes (1883-1946). Er leitete in der ökonomischen Wissenschaft einen Paradigmenwechsel ein. Dafür steht vor allem eine makroökonomische Kritik an der Neoklassik, die die Weltwirtschaftskrise verharmlose und damit verstärke. Seine übergeordnete Botschaft war, dass die Gesamtwirtschaft mehr ist als die Summe ihrer Einzelteile und dass sie nicht automatisch stabil ist. Der Staat aber könne mit aktiver Wirtschaftspolitik der Rezession beikommen, ohne den Kapitalismus generell infrage zu stellen. Die originäre Keynes'sche Idee ist, dass der Staat in Zeiten der Wirtschaftsflaute durch

⁴ Von den wenigen Hochschullehrerinnen und -lehrern, die bereit und in der Lage waren, in Lehre, Forschung, in Theoriedebatten und materiellen Analysen auf Marxsche Theorie und die marxistische Tradition zurückzugreifen und diese lebendig, also kritisch auf das herrschende Denken zu beziehen, ist kaum noch jemand im deutschen Wissenschaftsbetrieb aktiv, resümiert Elmar Altvater. Die Entwicklung linker Theorie findet heute vermehrt außerhalb der Universitätsseminare statt, in NGOs und deren Arbeitszusammenhängen, in Forschungsnetzwerken, alternativen Bildungs- und Forschungsstätten, wie z.B. der Rosa-Luxemburg-Stiftung, auf nationalen oder europäischen Sozialforen und der Leibniz-Sozietät.

schuldenfinanzierte Nachfragestimulierung (das sogenannte „deficit spending“), Investitionen auf den Weg bringt, so die Wirtschaft ankurbelt und in Zeiten der Konjunktur dann die Schulden wieder abträgt. Die keynesianische, eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, war die Basis für die Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise in den USA (New Deal von Roosevelt) und diente nach dem 2. Weltkrieg auch vielen Regierungen westeuropäischer Länder als Rechtfertigung für beschäftigungs- und sozialpolitische Interventionen des Staates. Keynes' Theorie dominierte nach dem Zweiten Weltkrieg die Lehre an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten vieler westlicher Länder.⁵ Dabei wurden ihre Grundideen zunehmend pervertiert durch die sogenannte neoklassische Synthese, von Joan Robinson als „Bastard-Keynesianismus“ bezeichnet.⁶ Zunächst noch als Steinbruch verwendet, wurde sie Anfang der 1970er Jahre schließlich verdrängt. Die Volkswirtschaftslehre verkam zur Rechtfertigungslehre von Kapitalinteressen und koppelte sich von der gesellschaftlichen Realität ab.

In Deutschland finden sich Vertreter der keynesianschen Denkschule seit den 1970er Jahren vor allem in der Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ (Memorandum-Gruppe), im Umfeld des gewerkschaftlichen Wissenschaftsbetriebs und vereinzelt im Hochschulbereich, so in Bremen, Marburg und Berlin. Das Berliner Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) galt Jahrzehnte als Zentrum keynesianischer Forschung. Die Zahl sich eher links verortender Wissenschaftler war in jüngerer Zeit dort rückläufig. Deutschlands letzter „echter“ Keynesianer Gustav Horn verließ das DIW im Streit und gründete das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK).

In Reaktion auf den Keynesianismus, der in den westlichen Industrienationen vornehmlich als sozialdemokratische Reformpolitik Verbreitung gefunden hatte,⁷ entstand der vor allem mit dem Namen von Milton Friedman (1912-2006) und der Chicago-School verbundene Neoliberalismus, auch Marktradikalismus genannt. Er beruht im Prinzip auf der neoklassischen Wirtschaftstheorie, unterscheidet sich aber von ihr dadurch, dass deren wohlfahrtstheoretische Ansätze ihm fremd sind, und er revidiert deren Lehre von den öffentlichen Gütern. Er steht für „Ordnungspolitik“, das heißt für mehr Markt und weniger Staat, mehr Wettbewerb und weniger Dirigismus, für Zurückdrängung des Öffentlichen zugunsten möglichst weitgehender Privatisierung. Die These vom Staats- und Politikversagen wurde zur Kernaussage des neoliberalen Programms. Der Neoliberalismus hat sich mehr und mehr zu einer Ideologie entwickelt. Und er beschränkt sich mit seiner ökonomistisch verengten Sicht nicht auf die Wirtschaft, sondern ergreift alle Sphären der Gesellschaft. Er hält die disziplinierende Rolle des Marktes besonders hoch und ordnet alle Bereiche des Lebens den Marktgesetzen unter. Mit dem Neoliberalismus griff eine nahezu religiöse Marktgläubigkeit Platz und behauptet diesen bis in die Gegenwart. Er konstituiert die Marktgesellschaft. Colin Crouch macht zu Recht auf den gemeinhin wenig beachteten Tatbestand aufmerksam, „dass der real existierende Neoliberalismus bei weitem nicht so sehr auf freie Marktwirtschaft setzt, wie es seine Theorie behauptet. Stattdessen beruht er auf dem politischen Einfluss von Großkonzernen und Banken. Da es in den wirtschaftspolitischen Debatten in vielen Ländern allein um die Opposition von Markt und Staat geht, tritt die Existenz dieser dritten Kraft in den Hintergrund, obwohl sie potenter ist als ihre Kontrahenten und deren

⁵ In liberalen Ökonomien wie den USA und Großbritannien blieb der Keynesianismus auch praktisch noch sehr einflussreich, als er in Deutschland und anderen Ländern zurückgedrängt war. Der Ökonomienobelpreisträger George Akerlof, derzeit Präsident der American Economic Association, nutzte seine Ansprache bei der Jahrestagung des Vereins Anfang 2007 für eine Generalabrechnung mit der Neoklassik und für eine Rehabilitierung des Keynesianismus. Es sei höchste Zeit für einen erneuten Paradigmenwechsel in der Makroökonomie. Menschen, so Akerlof, orientierten sich nicht nur an ihrem eigenen Nutzen, sondern auch an gesellschaftlichen Normen. Berücksichtige man das, komme man zu einer Makroökonomie, die wichtige Anleihen an frühes keynesianisches Denken macht (Akerlof 2007).

⁶ Paul A. Samuelson, Verfasser des am weitesten verbreiteten Lehrbuchs der Ökonomie und Erfinder der sogenannten „neoklassischen Synthese, mit deren Hilfe die abweichlerischen Keynesianer wieder auf den Pfad des rechten Glaubens zurückgeholt werden sollten, hat das gewachsene Machtbewusstsein der Ökonomen so ausgedrückt: „I don't care who writes a nation's laws ... if I can write its economics textbooks.“

⁷ In der BRD wurde 1967 das „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ als deutsche Variante keynesianischer Wirtschaftspolitik gefeiert.

Funktionsweise verändert. Die politische Szenerie wird seit Beginn des 21. Jahrhunderts – in Fortsetzung einer Entwicklung, die im letzten Jahrhundert begann und sich durch die Krise noch verschärfte – nicht mehr von Auseinandersetzungen, sondern von Vereinbarungen zwischen den drei Kontrahenten bestimmt. Eine Debatte, die allein um das Verhältnis von Markt und Staat kreist, verfehlt daher die entscheidenden Fragen“ (Crouch 2011: 49). Sie verdeckt den von Marx betonten Zusammenhang von Eigentum und Macht.

3. Spiegelung neoklassischer Dogmen im Kontext der jüngsten großen Krise – Befunde

Beim Suchen einer Antwort auf die Frage, wie Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik mit der jüngsten großen Krise umgehen, ob sie zu Lernprozessen und Neuorientierungen fähig sind, kristallisieren sich für mich folgende Befunde heraus:

3.1 Eherne Grundsätze der neoklassischen Standardökonomie werden in ihrer neoliberal-ideologischen Verbrämung ad absurdum geführt

- In der neoklassischen Ökonomik gilt die Annahme, dass sich auf Märkten das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage automatisch herstellt, dass Effizienz die Regel und Marktversagen die Ausnahme ist. Gerade der Crash von 2008 diskreditierte diese alte „Gewissheit“. Funktionierende Märkte benötigen Gesetze, Regeln und Sanktionen. Nach dem gemeinhin als „Kostgänger“ und „Störenfried“ der privaten Wirtschaft diskreditierten Staat wird laut gerufen, wenn es um Verwertungsinteressen des Kapitals geht. Mitten im großen Finanzmarktdesaster ließen auch die Mainstream-Anhänger den Staat gewähren. Ohne Konjunkturprogramme, Abwrackprämie, Kurzarbeitergeldregelungen, Bankenrettungspakete⁸ (in Wahrheit ging es um die Rettung privater Vermögen) und dergleichen wäre es in der Krise zu weit tieferen und längeren Einbrüchen und größeren sozialen Verwerfungen gekommen. Rückgriffe auf den Keynesianismus wurden goutiert und erwiesen sich als hilfreich.
- Die Doktrin, aus der Krise müsse man sich heraussparen,⁹ zum Gürtelengerschnallen gebe es keine Alternative, erweist sich in der Eurokrise, aktuell besonders gegenüber Griechenland, als gesellschaftszerstörend. Der mit der offiziellen Anti-Krisenpolitik etablierte Versuch, über Druck auf die Löhne die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, ist längst gescheitert und geht an den Problemen vorbei. *Erstens* sind Lohnkosten nur eine Variable unter vielen, die die „Wettbewerbsfähigkeit“ beeinflussen, andere Kosten und vor allem andere Faktoren, wie Qualität, Innovationsfähigkeit, Verfügbarkeit von Fachkräften, Zustand der Infrastruktur und ähnliches spielen ebenfalls eine maßgebliche Rolle. *Zweitens* zeigt die Erfahrung, dass sinkende oder langsam wachsende Lohnkosten nicht zwangsläufig zu sinkenden Preisen (und damit höherer preislicher Wettbewerbsfähigkeit) und zu steigenden Exporten führen. Die Mehrheit im deutschen Sachverständigenrat hält aber auch im Sondergutachten von Juli 2015 an der Austeritätspolitik fest und sieht sie als alternativlos. Dabei hat sie weder Strukturanpassungen der nationalen Ökonomie noch einen Ausbruch aus der Abwärtsspirale gebracht. Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz spricht daher von „Schuldengefängnissen“, in die die Krisenländer eingesperrt sind und erinnert an Daniel Defoe, bekannt als Autor des „Robinson Crusoe“. Defoe musste 1692 ins Gefängnis. Vor seinem Bestseller-Erfolg war er Kaufmann und ging mit riskanten Geschäften bankrott. Im Gefängnis fragte er sich, warum Schuldner eingesperrt werden, da sie hinter Gittern ihre Schulden nicht bezahlen konnten.

⁸ Allein die deutsche Bankenrettung hat 100 Mrd. Euro gekostet, so viel wie alle deutschen Universitäten in vier Jahren brauchen.

⁹ Einer der eifrigsten Verfechter der Austeritätspolitik ist der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble. Den nannte der wirtschaftsliberale „The Economist“ spöttisch einen „Ajatollah der Austerität“ (Europe’s fault lines. In: „The Economist“ vom 7. 2. 2015)

Von diesem passenden Vergleich abgesehen – die Austeritätspolitik, die auf deutschen Druck alternativlos durchgesetzt wird, stärkt zudem Fliehkräfte, die Europa erst schwächen und dann zerstören können. Darunter leidet auch ganz offensichtlich die Attraktivität der Europäischen Idee (vgl. dazu Gesine Schwan 2015).

- Die Unterstellung der Neoklassik, dass das rationale und egoistische Verhalten aller Individuen in Summe zum bestmöglichen Ergebnis für die Gesellschaft führt, gehört ins Reich der Legenden. Täglich machen Menschen gegenteilige Erfahrungen. Nehmen wir als aktuelles Beispiel Manager des VW-Konzerns, die – obwohl schon 200 Milliarden Umsatz gemacht werden und jedes achte auf der Welt ausgelieferte Auto von dort kommt – aus lauter Gier Gesetze brechen. Die Folgen werden VW-Arbeiter mit Kurzarbeit und eventuell Arbeitsplatzverlust bezahlen müssen.
- Nicht einmal die liberale Standardlehre trifft zu, es bedürfe deutlicher finanzieller Unterschiede, um Leistung zu motivieren. Denn der weitaus größere Teil allen Reichtums besteht nicht in Arbeitseinkommen, sondern in Vermögen. Und so etwas wird auch heute weniger erworben als vielmehr ererbt – in einem Maße, wie das zuletzt im frühen 19. Jahrhundert der Fall gewesen ist, so eine These von Thomas Piketty in seinem Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“. Ein Verdienst des Franzosen besteht darin, das Interesse am Thema Ungleichheit auffällig reanimiert zu haben. Solange die Kapitalerträge höher seien als die Wirtschaftsleistung eines Landes, werde die Ungleichheit ebenfalls permanent größer, so Piketty. Diese Richtung gibt momentan Deutschland vor.

Das sind nur einige Symptome für das Praxisversagen von als sakrosankt geltenden neoklassischen Axiomen. Allein diese Erfahrung müsste deren Protagonisten zu einer kritischen Selbstprüfung und zur Bereitschaft veranlassen, ihre bisherige paradigmatische Enge aufzubrechen und zu prüfen, ob Denkanstöße auch aus alternativen Konzepten zu gewinnen sind, ob in Heterodoxien, also in nicht dem Mainstream verhafteten Sichten und Lehren problemlösungs-orientierende Instrumentarien angelegt sind, die nutzbar gemacht werden können. Aber nicht wenige Protagonisten der neoklassischen Denkschule ziehen es immer noch vor, sich lieber inbrünstig mit der Wirtschaftstheorie und der Wirtschaftspraxis des implodierten Ostens zu befassen als mit Themen wie wachsende Ungleichheit im Realkapitalismus, Klimakatastrophe, Globalisierung, Kapitalismus ohne Wachstum usw. Der frühere Chef des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts HWWA, Thomas Straubhaar, der von sich sagt, vom Marktgläubigen zum Marktzweifler geworden zu sein, bekennt freimütig: „Die wirtschaftliche Überlegenheit des Kapitalismus über den Sozialismus hat weniger dazu veranlasst, die dem kapitalistischen System zugrundeliegenden Dogmen zu hinterfragen“ (Straubhaar 2013).

Bislang zeigen sich erste Risse in der Orthodoxie. Zum Beispiel ist der selbstsüchtige, stets rational denkende homo oeconomicus bei manchen Mainstream-Ökonomen nicht mehr Maß aller Dinge. Sie geben zu, dass Marktteilnehmer nicht nur rational, sondern auch emotional handeln und verweisen z. B. auf die Börsenpanik. Psychologie lässt sich eben nicht mit dem Computer berechnen. Dementsprechend integrieren sie z. B. die Verhaltensökonomik in ihre Lehre. Das ist ein seit den 1990er Jahren immer populärer werdendes Forschungsfeld. Es untersucht, wie Menschen sich in Entscheidungssituationen tatsächlich verhalten, wann sie, der egozentrische homo oeconomicus der Standardtheorie, altruistisch reagieren und ihnen eine faire Verteilung wichtig ist.

An einigen Volkswirtschaftsfakultäten wird inzwischen das Problem aufgegriffen, dass dem Kapitalismus der Wachstumszwang immanent ist, Wachstum aber in einer endlichen Welt nicht unendlich sein kann. Sie nehmen eine Postwachstumsökonomie in ihr Curriculum auf. Die Grundidee für diese Forschungsrichtung ist an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg entwickelt und 2007 der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Seit dem gibt es dort Ringvorlesungen zu solchen Fragen wie: Wie sieht eine Ökonomie jenseits von permanentem Wachstum aus, welche Konsum- und Produktionsmuster gehen damit einher, welche Wege führen in eine Wirtschaftsordnung, die ohne ständiges Wachstum für soziale Stabilität sorgen könnte und fragen, welche sozialen Probleme sich dabei ergeben. Studierende beklagen aber das Fehlen der Brücke, die vom Kapitalismus in diese neue Postwachstumsökonomie führen soll. Über den Prozess der Transformation wird kaum nachgedacht.

Ob sich erste Risse in der Orthodoxie verbreitern oder auf die Skepsis einiger weniger Mainstream-Anhänger gegenüber dem einen oder anderen Dogma beschränkt bleiben, ist nicht ab-

sehbar. Auffällig aber ist, dass auch nach der großen Krise keine Änderung des Akkumulationsregimes des Kapitalismus auf der Agenda steht (Herrmann 2015:8).

3.2 Die Überakkumulation des Kapitals als Hauptkrisenursache ist nicht im Blick der Neoklassik

Die bürgerliche Ökonomie hat sich im Unterschied zur Marxschen Denkschule dem Krisenphänomen nie als *ökonomischem* Problem gestellt, sie sieht darin gewissermaßen Betriebsunfälle (Sinn 2008). Da sich nach neoklassischem Grundverständnis gesamtwirtschaftlich Güterangebot und Güternachfrage immer in einem zwangsläufigen Gleichgewicht befinden, sind Überproduktionskrisen und Nachfragemangelkrisen ausgeschlossen, können Krisen im wesentlichen nur Ursachen in außerökonomischen Verhältnissen und Vorgängen haben: In falschem unternehmerischem Verhalten, in falscher Politik, auch in Naturkatastrophen, Missernten und dergleichen. Solche Argumentation dominierte auch die Erklärung der Gründe der 2008 durch die Lehman-Pleite ausgebrochenen Finanzmarktkrise. Rasch hatten Regierungspolitiker, Vertreter der neoklassischen Ökonomenzunft und der Mainstream-Medien Erklärungen für das Desaster bereit: Schuld sei die US-amerikanische Politik des billigen Geldes sowie das gewohnheitsmäßige Leben der Amerikaner auf Pump, das sich auf das Privileg des Greenback als globale Reservewährung stützt. Schuld seien ebenfalls die Gier der Investmentbanker, sowie die ungenügende Transparenz und Kontrolle von Finanzgeschäften. Zweifellos haben solche Faktoren mit eine Rolle gespielt, aber den Kern des Problems erklären sie nicht. Der liegt in der enormen Anhäufung von Finanzvermögen, das nach Anlage mit höchstmöglichen, in der Realwirtschaft nicht erzielbaren Renditen strebt, also in der Überakkumulation (vgl. Leibiger 2011:103-122). Das ist ein von Karl Marx beschriebener Vorgang, wie er in der Geschichte des Kapitalismus periodisch aufgetreten ist und in seinem finanzmarktgetriebenen Stadium mit den vagabundierenden Dollar-Billionen seinen bisherigen Höhepunkt erfährt.¹⁰

Marx erklärte dieses Phänomen mit der Tendenz des Kapitals zur schrankenlosen Vergrößerung des Angebots bei gleichzeitiger Kostensenkung und damit Lohn- sowie Kaufkraftminimierung, also dem Widerspruch zwischen Produktion und realer Konsumtion. Wörtlich heißt es bei ihm: „*Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde*“ (Marx 1968: 501). Dass die Wirtschaft auf Dauer stärker wachsen kann als die Kaufkraft der Konsumenten, ist eine Fehleinschätzung. An dieser Erkenntnis kommt keine Wirtschaftswissenschaft vorbei, die auf der Höhe der Zeit sein will. Vermögenskonzentration in wenigen Händen fördert die Neigung zu spekulativen Transaktionen und erhöht so die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft. Ökonomische Macht kann mittels Lobbyismus in politische Macht verwandelt werden.

Die Vorsitzende des 1873 gegründeten Vereins für Socialpolitik, Monika Schnitzler, erklärte hingegen auf der jüngsten Münsteraner Jahrestagung: „Um die Finanzkrise zu verstehen, muss man nicht Marx gelesen haben. Da ist die moderne Mikroökonomie viel wichtiger, man muss die Fehlanreize verstehen, das moralische Risiko. Banken, die man nicht genügend beaufsichtigt, tun Dinge, die nicht im Interesse der Kunden sind“ (Schnitzler 2015).

Kein Wort von ihr zur maßlosen Anhäufung von Kapital in wenigen Händen, kein Wort dazu, wie die enorme Liquidität der Realwirtschaft zugutekommen kann statt für Spekulationen genutzt zu werden. Die Zentralbank könnte zum Beispiel den Anteil erhöhen, den ein Investor bei einer kreditfinanzierten Anlage in bar hinterlegen muss. Sie könnte auch den Banken verbieten, Kredite an Hedgefonds zu vergeben. In der internationalen Diskussion befinden sich überdies seit Jahren Forderungen nach einer weltweiten Abgabe auf große Vermögen. Das heißt: Regulierungsinstrumente könnten genutzt werden. Das geht über Mikroökonomie weit hinaus. Wichtig ist, überschüssiges Kapital mittels politisch erzeugter Anreize wieder in die Realwirtschaft zu leiten, um so den sozial-ökologischen

¹⁰ Nach einer Aufstellung von McKinsey sind trotz der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise weiter über 200 Billionen US-\$ Finanzvermögen vorhanden und suchen nach profitabler Anlage. Das wird von der herrschenden Politik zum Tabu erklärt.

Umbau der Gesellschaften zu ermöglichen. Stefan Schulmeister nennt das den „sozialökologischen New Deal für Europa“ (Schulmeister 2010).

Der erste und einzige bedeutende bürgerliche Ökonom, der in der Frage der Krisenursache mit Marx übereinstimmt, war John Maynard Keynes. Wie Marx sieht er die Ursachen kapitalistischer Wirtschaftskrisen in der Wirtschaft selber, und zwar im Zurückbleiben der Gesamtnachfrage hinter dem Gesamtangebot. Der Unterschied zwischen beiden liegt in den Begründungen dieses Phänomens, woraus dann auch Unterschiede in ihren Vorstellungen über die Krisenbekämpfung resultieren. Marx leitete das Zurückbleiben der Gesamtnachfrage hinter dem Gesamtangebot aus dem Wesen des Kapitals ab, aus seiner Tendenz zur schrankenlosen Steigerung der Produktion einerseits und seiner gleichzeitigen Tendenz zur Lohnzurückhaltung, zur Kostenersparnis andererseits. Der hierdurch verursachte Widerspruch zwischen Produktion und Markt, der wichtigsten Krisenursache, ist für ihn ein Reflex des Gegensatzes von Kapital und Arbeit in der Produktion. Von einem solchen Gegensatz, von der sozialökonomischen, in den Eigentumsverhältnissen wurzelnden Ursache des Nachhinkens der Gesamtnachfrage hinter dem Gesamtangebot ist bei Keynes nicht die Rede. Er erklärt dieses Phänomen mit gesellschaftsindifferenten Faktoren, allgemein menschlichen, vornehmlich psychologischen Eigenheiten wie mit der „Sparneigung“ ebenso wie mit dem „Hang zum Verbrauch“ oder dem „Hang zur Liquidität“.

Längst wächst das nach immer lukrativerer Anlage strebende Finanzvermögen schneller als die renditeträchtigen Investitionsgelegenheiten in Forschung und Entwicklung, in der Produktion und im Sektorservice. Dafür gibt es ein ganzes Spektrum von Ursachen, die im Kern alle auf das von Marx gefundene „allgemeine Gesetz kapitalistischer Akkumulation“ hinauslaufen. Durch Lohndumping und prekäre Beschäftigung werden große Gruppen der arbeitenden Bevölkerung von dem enteignet, was ihnen rechtmäßig am erzeugten Produkt zusteht. Wachsende Teile des Volkseinkommens landen demgegenüber als Gewinne bei Unternehmen und Vermögenden. Die Neoklassik hält das für unverzichtbare Wege zur Sicherung des Produktionsstandortes. „Deutschland hat seine halbhegemoniale Position auch deshalb erreicht, weil es die sozialen Kosten seines Exportismus den prekär Beschäftigten (insbesondere Frauen im Dienstleistungssektor und den Segmenten mit traditionell schlecht bezahlten sorgenden, bildenden und erziehenden Tätigkeiten) aufbürdet“ (Dörre 2015: 65). Die Enteignung der Beschäftigten geht einher mit einer weiteren Form von Einkommensumverteilung, der steilen Steuer- und Abgabensenkung für Unternehmen, für Bezieher hoher Einkommen und Vermögensbesitzer. Letztere scheffeln so mehr in ihre privaten Taschen, und Unternehmen behalten vom erwirtschafteten Gewinn mehr zur freien, meist spekulativen Verwendung. Diese Entwicklung wird durch die fortschreitende Privatisierung im Bereich öffentlicher Daseinsvorsorge sowie der sozialen Sicherungssysteme verstärkt. Finanzinstitute kreieren immer ausgefallener und riskantere „Finanzprodukte“, um dem Anlagedruck der Vermögenden gerecht zu werden. In der Gegenwart zirkuliert das überschüssige Kapital in Form substanzloser Derivate, die immer wieder nur neue Kreditmöglichkeiten, aber keine Gegenwerte produzieren. Daraus entstehende Blasen lassen sich nicht mit ausgeklügelten mathematischen Modellen vermeiden, sondern nur durch Stopp der Überakkumulation und Lenkung des überschüssigen Geldes in Bereiche, in denen wie im Bildungs- und Gesundheitswesen oder beim Umweltschutz Kapitalknappheit besteht. Über den Markt werden diese gesellschaftlichen Defizite nicht überwunden, weil sie über den Markt nicht bedient werden.

3.3 Unternehmerisches Gewinnstreben führt nicht automatisch zu gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt

Der neoklassische Glaubenssatz, wenn es den Unternehmen gut geht, geht es allen gut, kollidiert mit der Empirie. Das lässt sich an vielem nachweisen. Ich beschränke mich hier auf die dauerhaft hohen deutschen Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse.¹¹ Neoklassiker sehen darin einen Indikator für

¹¹ Die Handelsbilanz stellt Ex- und Importe gegenüber und ist mit Abstand die wichtigste Teilbilanz der Leistungsbilanz. Diese weist neben der Differenz zwischen Importen und Exporten unter anderem auch die Überschüsse unserer Ersparnisse gegenüber den Investitionen aus. Das heißt, dass wir mehr sparen als investieren. Und da Ersparnisse und Investitionen sich am Ende immer ausgleichen, muss der Sparüberschuss im Ausland investiert werden.

die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die wirtschaftliche Stärke eines Landes. Daher sehen sie zu, wie Deutschland seit über einem Jahrzehnt anhaltend überdimensionierte positive Salden anhäuft. Allein 2014 verzeichnete das Land einen Leistungsbilanzüberschuss von 225 Mrd. Euro. Das sind 7,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). 2015 werden 250 Mrd. Euro erwartet, das wären dann 8,4 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung. Damit setzt Deutschland einen langjährigen Trend fort, der Ende der 1990er Jahre begann.¹² Nur wie die Kunden auf Dauer die Rechnungen bezahlen sollen, darauf verschwenden die Mainstream-Ökonomen keinen Gedanken.¹³ Lange haben sie geschwiegen, als in der Euro-Zone anhaltend hohe Überschüsse der einen Länder andere Staaten in eine dauerhafte Defizit-/Schuldnerposition mit dramatischen Folgen zwangen. Leistungsbilanzsalden hätten ihrer makroökonomischen Relevanz wegen von Anfang an zu den Euro-Konvergenzkriterien gehören müssen. Erst seit der 2008 ausgebrochenen Wirtschafts- und Finanzkrise werden die Salden stärker in den Blick genommen und die verheerenden ökonomischen und sozialen Wirkungen von Ungleichgewichten auf die Schuldnerländer debattiert. Besonders am Beispiel des verschuldeten Griechenlands kommt einem eine Sentenz in Erinnerung, die Adam Smith zugeschrieben wird:

„Es gibt zwei Wege, eine Nation zu erobern und zu versklaven. Der eine ist durch das Schwert, der andere durch Verschuldung.“

Sind die Überschüsse nun ein Zeichen von Stärke? Aus Sicht der großen Exportunternehmen mit ihren sprudelnden Profiten – ja, zumal sie auch noch versüßt werden durch abgesenkte Unternehmenssteuern. Aber hat die Wohlfahrt des ganzen Landes etwa zugenommen? Mitnichten! Die Bundesrepublik Deutschland weist neben Österreich mittlerweile die höchste Ungleichverteilung von Vermögen innerhalb der Euro-Zone auf. Der GINI-Koeffizient, der die Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung in einem Lande angibt, ist in Deutschland deutlich stärker gestiegen als in der Mehrzahl der OECD-Länder.¹⁴ Der Anteil der Arbeitseinkommen am gesamten Wohlstand der BRD ging von 67 Prozent in den 1980er Jahren auf 63 Prozent in den 2000er Jahren zurück.

Kaum beachtet blieben lange auch die ambivalenten, langfristig negativen makroökonomischen Effekte für das Überschussland selbst. Dauerhaft hohe Exportüberschüsse sind zugleich Kreditvergaben an andere Länder. Wenn Importeure ihre Käufe nicht mit Exportwaren bezahlen (können), brauchen sie Kapitalzuflüsse aus dem Lieferland. Dessen Forderungen sind später oft nicht mehr eintreibbar, unterliegen der Abschreibungsgefahr oder fallen der Entwertung anheim. Solch gestundetes und schließlich entwertetes Geld kommt einem Verzicht auf Konsum und Investitionen in Zukunftsprojekte im eigenen Land gleich. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, war einer der ersten prominenten Ökonomen, der öffentlich forderte, auch auf die Überschüsse im Außenhandel zu achten und nicht nur auf die Defizite. Denn exzessive Überschüsse können genauso ein Zeichen von wirtschaftlichen Fehlentwicklungen sein wie Defizite (Fratzscher 2013a). Wer wie Deutschland mehr spare als investiere, erzeuge auch in der eigenen Wirtschaft Ungleichgewichte. Seit 1999 habe Deutschland einen Investitionsrückstand von rund einer Billion Euro aufgebaut und dadurch erhebliche Wachstumschancen verpasst, gleichzeitig aber hätten deutsche Investoren rund 400 Millionen € durch „schlechte“ Investitionen im Ausland verloren, das seien 15 Prozent des BIP, von 2006 bis 2012 seien es sogar 22 Prozent des BIP gewesen, so Fratzscher. Dadurch sei die Bundesrepublik in vielen Bereichen hinter den europäischen Durchschnitt zurückgefallen. Er fordert staatliche und private Investitionen in Höhe von 75 Milliarden Euro pro Jahr für die Bereiche Bildung, Energie und Infrastruktur. Staatliche und private Investoren sollten ihr Geld lieber

¹² Anteil an deutscher Exportstärke hat in den jüngeren Jahren auch die Euroschwäche.

¹³ Dauerhaft hohe Exportüberschüsse stehen auch im Widerspruch zum sogenannten „magischen Viereck“ in der Wirtschaftspolitik, das u. a. ein Außenhandelsgleichgewicht fordert.

¹⁴ Entwickelt wurde der Koeffizient oder Index vom italienischen Statistiker Corrado Gini. Je höher er ausfällt, desto ungleicher ist die Verteilung.

„in Deutschland investieren, anstatt es wie bisher in Finanzprodukte im Ausland anzulegen, etwa in dubiose amerikanische Subprime-Immobilienkredite oder marode Banken“ (Fratzscher 2013 b).

Zum Mainstream konträre Überlegungen, wie Ungleichgewichte in den internationalen ökonomischen Beziehungen zu begrenzen wären, werden gern als Rückkehr zur Planwirtschaft diffamiert. In Wahrheit geht es jedoch um makroökonomische Umsicht, um Warnmechanismen gegen überbordende Salden. Der am häufigsten unterbreitete Vorschlag lautet: Ankurbelung des Binnenmarktes und der Nachfrage auch nach Importgütern in den bisherigen Überschussländern. Nur so können diese letztlich ihre Exportgewinne in Form inländischer Wohlstandssteigerung realisieren. Im Gespräch sind auch Limits für Überschüsse und Defizite.¹⁵

„Wettbewerbsfähigkeit“ steht für die Neoklassiker ganz oben auf der Glaubens-Agenda. Zu hohe Löhne, rigide Regeln am Arbeitsmarkt und üppige Sozialleistungen gefährdeten den Standort, heißt es. Soziale Ungerechtigkeit gilt für sie als ethisches, nicht aber zugleich als ökonomisches Problem. Nun hat das liberale Weltwirtschaftsforum, Veranstalter des alljährlichen Manager- und Politikergipfels im schweizerischen Davos, eine ganz andere Standortschwäche ausgemacht. Deutschland bremse sich selbst, indem es zu wenig für einen besseren Ausgleich zwischen Arm und Reich tut – dies geht aus einem Vergleich von 112 Ländern durch das Weltwirtschaftsforum hervor. In diesem Vergleich rangiert Deutschland – gern feiert es sich als Champion – unter den dreißig höchstentwickelten Industriestaaten lediglich im Mittelfeld. Das hängt wesentlich mit der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland zusammen, mit immer noch von der sozialen Herkunft abhängigen Bildungschancen.¹⁶ Eine größere ökonomische Gleichheit führt zu einer weniger volatilen Wirtschaftsentwicklung, von der zudem größere Teile der Bevölkerung profitieren, wie die skandinavischen Beispiele zeigen. Auch eine stabilere Sozialstruktur und eine funktionierende Demokratie sind Dividenden größerer Gleichheit, so Joseph Stiglitz (2015).

Gleichheit und wirtschaftliche Stärke bedingen sich gegenseitig, eine Folgerung, die für Neoklassiker befremdlich sein mag.

4. Zunehmendes Aufbegehren bei Studierenden und Lehrenden gegen die geistige Enge ihres Faches

Unter VWL-Studierenden, aber auch unter Lehrenden an deutschen und ausländischen Universitäten gibt es seit Jahren ein zunehmendes Aufbegehren gegen die geistige Enge, die Monokultur in ihrem von der Neoklassik beherrschten Fach. Sie verlangen eine Neuordnung der Volkswirtschaftslehre, mehr intellektuelle Vielfalt, mehr Pluralität, Abkehr vom Glauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes und der Überfrachtung mit mathematischen Modellen, die zu einer Verschleierung von Werturteilen und so zu einer vermeintlichen Rationalisierung politischer Programme führen, die neue Situationen und Entwicklungen nicht oder zu spät berücksichtigen. Wolfgang Streek sprach 2014 noch in seiner Eigenschaft als Leiter des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung von einer „an den Universitäten betriebenen monokulturellen Gehirnwäsche mit standardökonomischen

¹⁵ Die von einem neoklassischen Weltbild geprägte EU-Kommission sieht für einen dreijährigen Durchschnitt des Leistungsbilanzsaldos einen Schwellenwert von -4 bis +6 Prozent des jährlichen BIP vor. Das wirft natürlich die Frage auf, weshalb ein Defizit ab 4 Prozent, ein Überschuss aber erst ab 6 Prozent problematisch sein soll. Es liegt die Vermutung nahe, dass den Werten ein politisches Motiv, nicht aber eine sachliche ökonomische Analyse zugrundeliegt. Offenbar soll vermieden werden, Deutschland mit seinen maßlosen Überschüssen ein makroökonomisches Ungleichgewicht zu attestieren. Konträr dazu schlägt das Institut für Makro-ökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in seiner Analyse zur Regulierung der Ungleichgewichte Richtwerte von +/-2 Prozent des BIP vor. Damit sollen in Defizitländern starke Abhängigkeiten von internationalen Kapitalzuflüssen und in Überschussländern ein Wohlstandsverzicht verhindert werden. Solche Limits wären, wie oft behauptet, kein Großeingriff in nationale Politik. Es bliebe jedem Land überlassen, wie es seine Schiefelage beseitigt.

¹⁶ Laut einer aktuellen Studie des DIW besitzen 0,1 Prozent der Deutschen über 17 Prozent des Reichtums, die ärmsten 50 Prozent dagegen zusammen nur 2,5 Prozent.

Rational- und Marktmodellen“. Weitere Hauptforderungen sind Hinwendung zu einer pluralen Ökonomik, zu Interdisziplinarität sowie zu mehr Realitätsbezug (Neue Anforderungen 2012).

In einem Offenen Brief an den Verein für Socialpolitik machten im September 2012 Professoren von über 50 Hohen Schulen im deutschsprachigen Raum (sie geben sich als Befürworter einer pluralen Ökonomik zu erkennen) auf den alarmierenden Zustand der Volkswirtschaftslehre, besonders die fehlende Theorien- und Methodenvielfalt aufmerksam. In der Einseitigkeit ökonomischen Denkens sehen sie einen Grund für die anhaltende Wirtschaftskrise. Die „geistige Monokultur“ schränke die ökonomische Analyse ein und mache sie fehleranfällig. Sie fordern ein kritisches Miteinander unterschiedlicher Theorien. Die Volkswirtschaftslehre sei eine Sozialwissenschaft und müsse – wie andere Sozialwissenschaften auch – vielfältige theoretische Ansätze beherbergen. Vielversprechende, aber derzeit weitestgehend vernachlässigte Ansätze seien beispielsweise: Alte Institutionenökonomik, Evolutorische Ökonomik, Feministische Ökonomik, Glücksforschung, Marxistische Ökonomik, Ökologische Ökonomik, Postkeynesianismus und Postwachstumsökonomik. (Offener Brief 2012). Des Weiteren, so ihre Forderung, müssen Studierende der Volkswirtschaftslehre stärker für die historischen und kulturellen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns sensibilisiert werden. Nur wer sich der Komplexität der Realität bewusst ist, könne wissenschaftliche Modelle richtig anwenden. Nur so bestehe keine Gefahr, Modelle mit der Realität zu verwechseln. Hierfür müssten alle Angehörigen der Ökonomenzunft die Geschichte ihres Faches und die wissenschaftstheoretischen Grundlagen kennen. Lehrveranstaltungen über die Geschichte des ökonomischen Denkens und Wissenschaftstheorie müssten daher Teil des Curriculums sein.

Vom 6. bis 9. September dieses Jahres hat in Münster die Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik stattgefunden. Knapp 1000 der rund 3.800 Mitglieder nahmen teil. Die Kritiker des ökonomischen Mainstreams gaben wie schon im Vorjahr nicht kleinbei und forderten abermals eine „Pluralistische Session“. Organisiert wurde diese von Dennis Snower, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft Kiel und Vorstandsmitglied des veranstaltenden Vereins. Er gab der Session den Titel „Pluralismus: die Grenzen der Ökonomik verschieben“. Er kritisierte in seinem Vortrag, dass „die traditionelle ökonomische Analyse den Menschen nicht als soziales Wesen betrachtet, sondern vom selbstsüchtigen Homo oeconomicus mit vorgegebenen Präferenzen ausgeht. Er warb daher für verhaltensökonomische Ansätze in den Curricula. Im September 2016, so wurde verabredet, soll auf der Jahrestagung in Augsburg eine Diskussionsveranstaltung unter Beteiligung des Netzwerks für plurale Ökonomik ins offizielle Programm genommen werden.

Verschulung und „Verbetriebswirtschaftlichung“ des Studiums sind typische und besorgniserregende Tendenzen der Mainstream-Ökonomie. Statt des „allseitig gebildeten Menschen“ wie es dem Humboldtschen Ideal entspricht, wird der „allseitig verfügbare Mensch“ herangezogen. Für die Demokratie erwächst daraus die Gefahr, dass aus Bürgerinnen und Bürgern Mitläuferinnen und Mitläufer ohne eigenes Urteilsvermögen werden. Vermittlung von Widerstandskompetenz und Denken in Alternativen sind ein Defizit in der ökonomischen und politischen Bildung. „Ich glaube nicht“, so der bekannte amerikanische Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith, „dass jemand, der nur Ökonom ist und soziale wie politische Gedanken ausklammert, irgendeine Bedeutung für die reale Welt hat“ (Kurnitzky 1994: 7).

Acht Jahre nach Ausbruch der schlimmsten wirtschaftlichen Krise seit der Großen Depression der 1930-er Jahre ist auch in der deutschsprachigen Ökonomenzunft Bewegung auszumachen.

Es sind gewisse Anzeichen von Nachdenklichkeit und kritischer Selbstbefragung festzustellen. Die lange als Denkschule dominierende Neoklassik verliert laut einer aktuellen Befragung von 1000 Ökonomen an Sympathisanten (Süddeutsche Zeitung 2015).¹⁷ Vor fünf Jahren fühlten sich dieser angebotsorientierten, wirtschaftskonservativen Schule noch 44 Prozent der Befragten am nächsten. Aktuell sind es noch 33 Prozent. Fast jeder Zweite will sich nicht mehr als Anhänger der Neoklassik, des

¹⁷ Gut 1000 Ökonomen haben Mitte 2015 an der dritten großen Befragung deutscher Wirtschaftswissenschaftler teilgenommen. Die Fragen wurden vom Internetportal Wirtschaftswunder im Auftrag der Süddeutschen Zeitung und in Kooperation mit dem Verein für Socialpolitik, der wichtigsten und größten Ökonomenvereinigung in Deutschland, gestellt und ausgewertet.

Monetarismus, des Keynesianismus oder überhaupt einer bestimmten Denkschule einstufen lassen. Diese Kategorien seien veraltet, heißt es.

Auf die absoluten Werte darf man nicht allzu viel geben. Es ist ja nicht bekannt, wer überhaupt an der Befragung teilgenommen hat. Auch weiß man nicht, welches Gewicht die jeweilige abgegebene Stimme im Einflussranking der Ökonomen hat. Dennoch ist der Trend beobachtenswert. Der im August dieses Jahres abgehaltene Jahreskongress der European Economic Association an der Universität Mannheim wurde denn auch mit einer Diskussion eröffnet, die schon im Titel eine gewisse Ratlosigkeit erkennen ließ: „Was sollen wir unseren Studenten beibringen?“ (Schmerzhafter Bedeutungsverlust 2015). Die Antwort kann nur lauten: Die paradigmatische Enge der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie überwinden, d.h. heterodoxe Konzepte integrieren.

5. Wie weiter in und mit der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie?

Trotz bei manchen Angehörigen der neoklassischen Ökonomenzunft erkennbarer Tendenzen einer Hinwendung von der Marktgläubigkeit zum Markt Zweifel pflegt ein harter Kern theoretische Einseitigkeit, konserviert die Überzeugung, dass der Kapitalismus Ewigkeitsstatus hat, das Ende der Geschichte bedeutet und es folglich keinen Grund gibt, von den Grundannahmen Abschied zu nehmen. „Die ‚überwiegende Mehrheit der orthodoxen Mainstream-Ökonomen‘ nimmt heterodoxe Ansätze (im Sinne einer Pluralität der Ökonomik) schlicht nicht zur Kenntnis“ (Heise 2011: 133). Es ist erst eine Minderheit, die Denkansätze der einen oder anderen heterodoxen Forschungsrichtung in ihr Lehrprogramm einfließen lässt. Statt eine *politische* Ökonomie wiederzubeleben, werden im Grunde die *economics* fortgesetzt.

Viele der vorgenannten Probleme werden in Ökonomenkreisen diskutiert. Doch darf man nicht die Illusion haben, dass sich in Deutschlands akademischer Landschaft kurzfristig etwas prinzipiell ändern wird. Die offensichtliche Blamage der Neoklassik hat auf deren dominante Stellung im akademischen Bereich wie auch in den meisten Beraterstäben politischer Institutionen bislang keinen durchschlagenden Einfluss gehabt. Ein Paradigmenwandel wäre nach Arne Heise „nur zu erwarten, wenn die älteren Ökonomen einen weitgehenden Identitätsverlust und eine Entwertung ihrer aufwendig erworbenen Qualifikationen akzeptieren und die jüngeren Ökonomen bereit wären, einen fast kompletten Neuanfang zu wagen. Welche Anreize aber bestehen, um sich den damit verbundenen Unwägbarkeiten zu stellen?“ (Heise 2011: 133). Die eingangs erwähnte Umfrage unter 1000 Ökonomen zeigt allerdings, dass Jüngere durchaus an den Pforten zu scharren beginnen. Die neuen Chefs vieler Denkfabriken, zugleich Hochschullehrer, sind schon verjüngt.¹⁸

Ich meine aber, dass die Chance für einen Paradigmenwechsel nicht nur davon abhängig ist, dass die älteren Semester unter den Ökonomie-Lehrenden in Rente gehen und jüngere Nachfolger sich Heterodoxien gegenüber aufgeschlossener zeigen. Wichtig scheint mir, dass die Suche nach alternativen theoretischen Ansätzen und deren Praktikabilität forciert wird. Damit Alternativen organisiert werden können, müssen sie gedacht, in die Öffentlichkeit getragen werden und dort auf Zuspruch stoßen. Suchprozesse sind in Gang gekommen. Sie richten sich stark auf die Frage, wie die Wirtschaft wieder in die Gesellschaft eingebettet und ihr Eigenleben beendet werden kann. Denkanstöße auf diesem Wege vermitteln zum Beispiel Forschungsarbeiten zu Themen wie

- solidarische Ökonomie oder Gemeinwohlökonomie
- Shareconomy
- Demokratisierung der Wirtschaft
- Stärkung der Genossenschaftsidee
- Aktionärssozialismus
- Bewirtschaftung verschiedener Formen von Gemeingütern (Commons)

¹⁸ HWWA Henning Völpel (42), DIW Marcel Fratzscher (46), Ifo-Institut München Clemens Fuest (46). Zwar lassen auch sie sich auf ordnungspolitische Debatten ein, aber sie sind geschmeidiger, im Ton verbindlicher und auch fokussierter. Sie sind auch internationaler, als man es aus der jetzt abtretenden Generation kennt. Der neue Ton wird wohl eines bewirken: Wissenschaft und Politik kommen wieder mehr ins Gespräch.

- Regionalisierung der Wirtschaft
- Feministische Ökonomie
- Marktwirtschaft ohne Kapitalismus
- Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus.

Eine *festgefügte* alternative Theorie ist jedoch nach meiner Wahrnehmung noch nicht in Sicht.

6. Einige Schlussüberlegungen

6.1 Weniger unter dem Druck ökonomischer Verhältnisse als angesichts immer lauter vorgetragener Forderungen von Studierenden und einer zunehmenden Zahl Lehrender werden *tonangebende Neoklassiker* in ihre akademischen Veranstaltungen einige alternative Denkansätze, sogenannte Heterodoxien aufnehmen. Begonnen hat das – wie schon erwähnt – zum Beispiel mit der Verhaltensökonomik, der Postwachstumsökonomie oder der Glücksforschung. Systemkritik am Kapitalismus, insbesondere an dessen Eigentums- und Machtverhältnissen, ist für sie jedoch ein Tabu. Folglich wird auf einen Paradigmenwechsel nicht Kurs genommen. Ökonomische Daten müssen aber als soziale Verhältnisse und nicht nur als für die Modellverarbeitung geeignete quantitative Zusammenhänge analysiert werden. Eine wissenschaftliche Schule, die sich nicht selbst genügen, sondern einen praktischen Wert haben will, muss die Frage nach dem Sinn des Wirtschaftens zur Grundlage und zum Ausgangspunkt nehmen. Steht die Wirtschaft im Dienste von Mensch und Umwelt, oder geht es um private Profitmaximierung um jeden Preis? Hat sie eine soziale und ökologische Funktion, oder folgt sie nur dem Eigennutz? Ganzheitliches Denken und Handeln in der Wirtschaft ist ohne Einschluss moralisch-ethischer Prinzipien ein Torso. Wirtschaftsethik gehört ins Ökonomiestudium und Personalmanagement muss auf soziale Intelligenz und Kompetenz ebenso viel Wert legen wie auf professionelle Kenntnisse.

6.2 *Nicht dem Mainstream verhaftete Vertreter der Ökonomenzunft* sehen die ökonomische Standardtheorie in der Krise und tragen systemkritische alternative Konzepte in die Debatte. So der Wissenschaftliche Beirat von attac, in dem namhafte Ökonomen versammelt sind. Der fordert in seinem nach der Tagung von Nobelpreisträgern im August 2014 entstandenen „Lindauer Manifest“ eine „Wirtschaftswissenschaft, die in der Lage ist,

- das Problem der rasant angewachsenen Ungleichheit in seiner gesamten Dimension zu erkennen und wirtschaftliche, politische und soziale Fragen in ihren Wechselwirkungen zu verstehen
- das klassische Wachstumsmodell mit allen Konsequenzen in Frage zu stellen und eine Wirtschaftsweise zu entwickeln, die neben der Befriedigung von Bedürfnissen und Bedarfen gleichermaßen ausgerichtet ist an zuverlässiger sozialer Sicherheit, Geschlechtergerechtigkeit und einem vorsorgenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen
- sich dem Problem wirtschaftlicher und politischer Macht (etwa durch transnationale Konzerne oder durch die Schattenwirtschaft) wieder zu öffnen und damit den Blickwinkel eines schlichten Anti-Etatismus zu überwinden
- die simplifizierenden Dualismen Markt/Staat oder Markt/Plan zu überwinden, nach Zwischenformen zu suchen und die akzeptiert, dass mit der Zivilgesellschaft ein mächtiger politischer Player in der Demokratie existiert
- theoretische und politisch-praktische Kritik an der neoliberalen Globalisierung, wie sie etwa in den geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA zum Ausdruck kommt, zu leisten und dabei hilft, Ideen für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu entwickeln.“

Gebraucht wird, so das Fazit, „statt des monistischen Wissenschaftsverständnisses der heute bestimmenden Ökonomik eine plurale und kritische politische Ökonomie des guten Lebens, die aus der Sackgasse neoliberaler Politik herausführt und, um nochmals mit Polanyi zu sprechen, den Boden bereitet für eine neue ‚Große Transformation‘: ökonomisch-vielfältig, sozial-gerecht, ökologisch-achtsam, demokratisch-partizipativ“ (Lindauer Manifest 2014).

Das sind substanzielle Forderungen an die Theorie, um spürbare Veränderungen innerhalb des kapitalistischen Systems vorzudenken und mit entsprechenden Empfehlungen in der gesellschaftspo-

litischen Debatte präsent zu sein. Ähnliche Beiträge leistet auch die Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ (Memorandum-Gruppe), in der an linkskeynesianischer wie marxistischer Ökonomie orientierte Wissenschaftler seit 1975 jährlich Memoranden zu den Kernproblemen der aktuellen Wirtschaftslage sowie den Empfehlungen der Fünf Wirtschaftsweisen vorlegen. Diese Memoranden enthalten neben der kritischen Bilanz beziehungsweise kritischen Kommentaren zugleich Angebote für eine alternative Wirtschaftspolitik. Wie der attac-Beirat befasst sich die Memo-Gruppe mit radikaler Kritik des kapitalistischen Systems, ohne eine Systemüberwindung ausdrücklich als Ziel zu formulieren.

6.3 Auch in der *internationalen Diskussion* befinden sich Modelle zur Zügelung des Kapitals:

- Eine stärkere Regulierung des Finanzmarktes, der die Krise in der Realwirtschaft ausgelöst hat, überhaupt die Zügelung der Märkte. Einer der bekanntesten Protagonisten ist Joseph Stiglitz, renommiertes US-Ökonom und Wirtschafts-Nobelpreisträger.
- Die Rückkehr zum Modell des keynesianischen Wohlfahrtsstaates der Nachkriegszeit mit aktiver staatlicher Konjunktursteuerung durch antizyklische Fiskalpolitik fordern vor allem gewerkschaftsnahe Kreise. Sie zielen auf Staatskapitalismus, eine Art zivilisierten Kapitalismus, in dem Staat und Markt besser austariert sind.
- Ein „wohlfahrtstaatlicher grüner Kapitalismus“, ein „Grüner New Deal“. Dafür werben Umweltbewegungen und grüne Parteien. Das private Kapital soll vor allem zu Anlagen im Umweltsektor motiviert werden.
- Fürsprecher eines „Kapitalismus der Verantwortung“ waren zum Beispiel Liberale wie Lord Ralf Dahrendorf, deutsch-britischer Sozialwissenschaftler, vormals EG-Kommissar und Direktor der London School of Economics.

Solche Modelle können geeignet sein, die größten Auswüchse des auf den Shareholder value orientierten Kapitalismus zeitweilig zu glätten. Sie würden jedoch an den Eigentums- und Machtstrukturen sowie an fehlender Wirtschaftsdemokratie in der gegenwärtigen Gesellschaft nichts ändern. Darauf aber zielen Konzepte linker Kräfte in Europa und in einigen Ländern Lateinamerikas. Sie wollen Wirtschaftsprozesse politisch gestalten und nicht länger den anonymen Marktkräften überlassen. Es geht ihnen um das ausgewogene Verhältnis von Staat und Markt, nicht um den einfachen Ersatz des einen Paradigmas (Marktgläubigkeit) durch ein anderes (Staatsgläubigkeit).

6.4 Auf die Perspektive einer *Aufhebung* der kapitalistischen Gesellschaft zielt die *marxistische Theorie*. Der „*revolutionäre Bruch mit dem Kapitalismus*“ war das für Marx und Engels zentrale Ziel einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft. Wenngleich die Zeit „reiner Lehren“, auch die der Marx’schen Kritik der Politischen Ökonomie als „Ismus“ vorbei ist, die Wiederbelebung der Marx’schen Denkweise bei der Analyse ökonomischer Prozesse im Kapitalismus wird zur Neuorientierung der Wirtschaftswissenschaft gehören müssen, wenn sie aus dem jüngsten Krisengeschehen Schlüsse ziehen will, wenn die Lehre realitätsorientiert und nicht verliebt in abstrakt-mathematische Modelle sein soll (Klenner 2015).

Als Marx und Engels ihre Vision vom „*revolutionären Bruch*“ mit dem Kapitalismus formulierten, lagen noch keine Erfahrungen mit Krisen vor, wie sie sich im 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts ereigneten und immer im Rahmen des bestehenden Systems „*verarbeitet*“ wurden, sich gewissermaßen als seine Stabilisierungsmechanismen erwiesen. Auch hat der Kapitalismus im Laufe seiner Geschichte unverkennbar eine Reihe zukunftsweisender technologischer, ökonomischer, sozialer, kultureller und anderer Ergebnisse hervorgebracht, an denen auch die ärmeren Schichten der Gesellschaft partizipieren. Zudem ist trotz aller verwertungsorientierten „*Zurichtung*“ des Menschen durch das Kapital noch keine gesellschaftliche Stimmung entstanden, die auf das *Wollen* eines *revolutionären* Bruchs mit dem System hindeutet (vgl. Leibiger 2012 : 6/7). Gerade auf die Notwendigkeit einer solchen Stimmung verweist der Schweizer Autor Beat Ringger, der den Ausweg aus den gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnissen in einem „*Bruch*“ mit diesen sieht. Aber einschränkt: ohne aktive Partizipation breiter Bevölkerungsschichten und ohne klare, demokratisch legitimierte Mehrheiten würden die „*revolutionären Brüche*“ so wie jene am Ende des ersten Weltkrieges in Diktaturen enden (Ringger 2011). Übersehen werden darf auch nicht, dass der Kapitalismus sich immer wieder

neue Entwicklungspotenziale, weite Räume der Kapitalisierung zu erschließen sucht, so Territorien, potenziell ausbeutbare Menschen, neu entwickelte Bedürfnisse und Produktionsbereiche. Ob der Kapitalismus in 50 Jahren am Ende ist, wie Immanuel Wallerstein oder Jeremin Rifkin prognostizieren, ob noch früher oder erst später, wie Thomas Piketty in seinem Bestseller meint, wir wissen es nicht. Wir wissen auch nicht, ob es zu einem Zusammenbruch kommen kann, wie es abrupt mit dem Realsozialismus geschah. Wovon aber ausgegangen werden kann ist, dass der Kapitalismus sich als unfähig erweist, die sich zuspitzenden ökonomischen, sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Probleme der Menschheit zu lösen. Dennoch wäre die Annahme falsch, der von der Mega-Krise erfasste Kapitalismus stünde bereits vor dem Zusammenbruch. Er wird bestrebt sein, sich zu wandeln, sich neu zu erfinden. Es geht also darum, ihm weitere Geländegewinne für die Marktexpansion, sein Lebenselixier, streitig zu machen und mit theoretischen Konzepten dafür politisch-praktisch zu werben. Das aber zielt auf die Veränderung von Eigentums- und Machtverhältnissen. Aktuell heißt das zum Beispiel *erstens*, die Öffnung immer weiterer Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge (Bildungs-, Gesundheits-, Wohnungswesen, Kultur...) für die profitgetriebene Konkurrenz zu verhindern, wie mit den Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA sowie Kanada (TTIP, CETA, TiSA) vorgesehen. Kommunale Energieversorger, Abfallentsorger, den Öffentlichen Personennahverkehr usw. gilt es vor der Privatisierung zu schützen, schon privatisierte Bereiche in die kommunale Hand zurückzuholen. *Zweitens* muss dafür geworben werden, Grund und Boden als Ressource, die nur beschränkt zur Verfügung steht und nicht vermehrbar ist, in Gemeineigentum zu überführen und mit langfristigen Pachtverträgen die bestmögliche individuelle Nutzung zu ermöglichen. Die Schaffung eines gesellschaftlichen Bodenfonds wäre ein Weg. Ebenso geht es um die Ausweitung eines genossenschaftlichen Sektors. *Drittens* gilt es, allen immer ausgeklügelteren Modellen und Methoden des Kapitals, die menschliche Arbeitskraft auszubeuten, einen Riegel vorzuschieben. Das bedeutet, die Demokratisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Darin lägen substantielle Schritte, die Entbettung der Ökonomie aus der Gesellschaft, aus ihren politischen, sozialen, ökologischen, kulturellen, historischen und demokratischen Fundamenten zu beenden oder anders gesagt, die Ökonomie wieder als Teilsystem in die Gesellschaft einzubetten.

Statt eines scheinbar unpolitischen Ökonomismus, einer *reinen* Ökonomie, den „Economics“ wird eine *politische* Ökonomie gebraucht, die von einem Gesellschaftsbezug der Wirtschaft ausgeht und sich nicht auf die betriebswirtschaftliche Logik reduziert. Ideen für eine gesellschaftliche Alternative und eine entsprechende Ökonomik entstehen nicht am grünen Tisch, sondern auf dem Boden gesellschaftlicher Verhältnisse.

Das ist ein Plädoyer für Forschungen zur *Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus* in Richtung einer alternativen Gesellschaft und meint: Den Kapitalismus als eine auf Ausbeutung beruhende Gesellschaftsordnung letztlich überwinden – ja. Ihn mit sozialstaatlichen Reformen zivilisieren und demokratisieren, wird ein unverzichtbarer Schritt sein auf dem Wege zum angesteuerten Ziel (Klein 2013). Mit Rosa Luxemburg kann man das revolutionäre Realpolitik nennen. Den Kapitalismus damit retten wollen, wie mitunter gegargwöhnt (<http://www.jungewelt.de>) – nein! Das heißt für mich, nicht jenen oberlehrerhaft, ja abschätzig die marxistische Denkweise abzusprechen, die den „*revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus*“ nicht ständig auf der Zunge führen (Blessing 2015).

Der Kapitalismus ist nicht „das Ende der Geschichte“, wie der Amerikaner Francis Fukuyama 1992 in seinem gleichnamigen Buch postulierte. Mit einem *revolutionären Umbruch* ist aber eher nicht zu rechnen, sondern mit einem längeren transformatorischen Prozess, der über eine Mischwirtschaft, über einen dritten Weg führen kann. Dabei muss es um eine Neuordnung der Eigentums- und Machtstrukturen in der Wirtschaft und deren Demokratisierung gehen, aber im Sinne der Hegelschen Philosophie auch um das Aufheben, das Aufbewahren von zivilisatorischen Errungenschaften vorangegangener gesellschaftlicher Entwicklungen, insbesondere der Grundideen des Liberalismus: Wahrung statt Geringschätzung bürgerlicher Freiheitsrechte, Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und Anerkennung statt Unterbewertung des Marktes als ein Element effizienten Wirtschaftens. Hier hatte der real existierende Sozialismus Defizite und Defekte. Staat und Markt sind keine Gegensätze, sondern gemeinsam die Alternative zur Anarchie. Aber der Staat darf sich die Definitionsmacht darüber, wie Märkte funktionieren sollen, nicht aus der Hand nehmen lassen (Luft, H. 1999 und Dräger, W. 2009).

Unter den Bedingungen der Globalisierung ist hier internationale Kooperation und Koordinierung erforderlich.

6.5 Wenn die marxistische Denkschule in der Ökonomik als Heterodoxie mehr Zuspruch finden will, müssen sich ihr verpflichtet fühlende Anhänger von einer Reihe orthodoxer Auffassungen lösen. Ich nenne Beispiele:

- Die Reduzierung der Problematik des Eigentums an Produktionsmitteln auf dessen Verstaatlichung.
- Die apodiktische Entgegensetzung von Staat und Markt und die Unterbewertung der Wertformen.
- Die verbreitete Gleichsetzung von Kapitalismus und Marktwirtschaft. Eine Tausch- oder Marktwirtschaft existiert viel länger als die rund 250 Jahre alte kapitalistische Weise des Wirtschaftens, in der alle Lebensbereiche der Vermarktung unterworfen werden, faktisch eine Marktgesellschaft entstand. Für Karl Georg Zinn z. B. ist Marktwirtschaft ohne Kapitalismus eine Perspektive (Zinn 2015).
- Die umstandslose Gleichsetzung von betrieblicher Gewinnerzielung mit Unmoral. Wohin Missachtung des Gewinninteresses führt, haben wir in der realsozialistischen DDR und anderen Ländern des früheren Ostblocks schmerzlich erlebt. Unmoralisch ist nicht unternehmerisches Gewinnstreben schlechthin. Unmoralisch ist verweigerter angemessener Teilhabe derer am Gewinn, die ihn erarbeitet haben, ungezügelter, Risiken auf andere und die Umwelt abwälzender Renditejagd und grenzenloser Kommerzialisierung aller Lebensbereiche.
- Ein idealisiertes, einseitiges, vornehmlich von Altruismus und Solidarität geprägtes Menschenbild. Wie sieht das Menschenbild jenseits des eigennützigsten Homo oeconomicus aus? Könnte das ein Homo oeconomicus humanus sein? (Heuser 2008)

Wolfram Elsner sieht die potentielle Relevanz der ökonomischen Wissenschaft als instrumentelles, problemlösungsorientiertes Instrumentarium in den Heterodoxien angelegt. Wirksamkeitssteigernde, praxis- und politikrelevante Konvergenzen zwischen diesen und großen Teilen des Mainstream seien unverkennbar. „Fragenden jungen und angehenden Ökonomen kann nur geraten werden: ‚Be heterodox. Be good with it. Just do it. And be professional.‘“ (Elsner 2011). Es mehren sich Stimmen, die (zumindest vorerst) einen gewissen Eklektizismus im Umgang mit ökonomischen Problemen für ratsam halten, weil es keine letztgültige Lösung für die Organisation des Wirtschaftens gibt (Vogl 2011). Die Debatte darüber wird weitergehen müssen.

Literatur

- Altwater, E.: Der kurze Sommer des akademischen Marxismus oder: Wie weiter mit der PROKLA? - In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Hür Jiseph Steft 146, Nr.1 2007, S. 21.
- Akerlof, G.: Wo Keynes Recht hatte und Friedman irrte. - In: Handelsblatt vom 15. 01. 2007.
- Bischoff, J.: Die Zukunft des Finanzmarktkapitalismus. VSA-Verlag Hamburg 2006.
- Blessing, K.: Die sozialistische Zukunft. Verlag BEBUG, Edition Berolina 2015.
- Büttner, H.-P.: Kritik der herrschenden ökonomischen Lehre. - In: PROKLA Heft 164, Jg.2011, Nr.3, S. 366.
- Crouch, D.: Am Scheideweg. - In: Handelsblatt vom 17./18./19. 07. 2015, S.64.
- Crouch, D.: Das lange Leben des Neoliberalismus. - In: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2011.
- Dörre, K.: Kapitalistischer Kannibalismus: Griechenland, Deutschland und die Europäische Union. - In: spw 209.
- Dräger, W.: Das Geld und das Chaos. - In: Neues Deutschland vom 18./19. 01. 2009.
- Elsner, W.: Der Beitrag des ökonomischen Mainstream zum Kasino-, Krisen- und Katastrophen-Kapitalismus und Perspektiven der heterodoxen Ökonomik. Öffentlicher Vortrag während der Tagung „Die Krise des Kapitalismus und die Zukunft der ökonomischen Wissenschaft. Mainstream-

- Heterodoxien-Pluralismus?“ des Arbeitskreises Postautistische Ökonomie e.V. und der Hans-Böckler-Stiftung, Universität Kassel, 28./29. 09. 2011.
- Fratzcher, M.: Der Markt glaubt an Unumkehrbarkeit des Euro. Interview in Frankfurter Rundschau vom 01.02.2013(a).
- Fratzcher, M.: Deutschland spart zu viel. Interview in Sueddeutsche.de vom 15.04.2003 (b).
- Heise, A.: When facts change, I change my mind...Neuere Entwicklungen in der weltweiten Wissenschaftsgemeinschaft der Ökonomen und die Situation in Deutschland. - In: Günter Krause (Hrsg.): Kapitalismus und Krisen heute - Herausforderungen für Transformationen. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin.
- Herrmann, U.: Vom Anfang und Ende des Kapitalismus. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 35-37 2015, S.8.
- Heuser, U.J.: Humanomics. Die Entdeckung des Menschen in der Wirtschaft. Frankfurt/New York 2008.
- Hickel, R.: Der Neoliberalismus ist der größte Irrtum der Geschichte des ökonomischen Denkens. - In: Der Tagesspiegel vom 22.10. 2011.
- Jenseits der Orthodoxie (Editorial): - In: Berliner Debatte Initial 3/2012.
- Klein, D.: Das Morgen tanzt schon im heute. VSA Verlag 2013.
- Klenner, H.: Rezension des Bandes 8/II des Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus zum Stichwort „Marxismus“ in: Reichtum statt Enteignung. - In: Neues Deutschland vom 28. 08. 2015.
- Krätke, M.: Neoklassik als Weltreligion? - In: Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen (Hrsg.): Realitätsverleugnung durch Wissenschaft. Kritische Interventionen 3. Die Illusion der neuen Freiheit. Hannover 1999.
- Krause, G. Hrsg.: Keynes als Alternative(r)? Karl Dietz Verlag Berlin 2007.
- Krüger, S.: Keynes & Marx. Darstellung und Kritik der `General Theory` - Bewertung keynesianischer Wirtschaftspolitik - Linker Keynesianismus und Sozialismus`. VSA-Verlag Hamburg 2012
- Kurnitzky, H.: Der heilige Markt. Kulturhistorische Anmerkungen. Frankfurt/Main 1994, S.7.
- Leibiger, J.: Bankrotteure bitten zur Kasse. Mythen und Realitäten der Staatsverschuldung. Köln 2011, S. 103-122.
- Leibiger, J.: Hamlet und der Untergang der „Titanic“. - In: Berliner Debatte Initial 23 (2012) 3.
- Lindauer Manifest. Theorieblog attac.de vom 15.10.2014.
- Luft, C.: Die jüngste Krise belebt die Systemdebatte. - In: Kapitalismus und Krisen heute – Herausforderung für Transformation. Hrsg: Günter Krause. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, trafo Wissenschaftsverlag Berlin 2011.
- Luft, C.: Ökonomischer Mainstream zwischen Erschütterung und „Weiter so“. - In: Wirtschaftstheorie in zwei Gesellschaftssystemen Deutschlands. Hrsg: Günter Krause, Christa Luft, Klaus Steinitz. Karl Dietz Verlag Berlin 2012.
- Luft, C.: Praxisversagen neoklassischer Dogmen – Chance für gesamtwirtschaftliches Denken? - In: Theorieentwicklung im Kontext der Krise. Hrsg: Ulrich Busch & Günter Krause. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, trafo Wissenschaftsverlag Berlin 2013
- Luft, H.: Die verhängnisvolle Euphorie. - In: Neues Deutschland vom 18./19. 09. 1999.
- Maeße, J.: Elitökonomen. Wissenschaft im Wandel der Gesellschaft. Springer Fachmedien Wiesbaden 2015.
- Marx, K.: Das Kapital. - In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW) Bd. 25, Berlin 1968, S. 501.
- Offener Brief von Studierenden und Lehrenden zu neuen Anforderungen an die Volkswirtschaftslehre. - In: www.plurale-oekonomik.de.
- Piketty, T.: Das Kapital im 21. Jahrhundert. C.H.Beck oHG München 2014.
- Polanyi, K.: The Great Transformation. The Political and Economic Origins of our Time, Boston 1957.
- Rifkin, J.: Die Zukunft des Kapitalismus. 2014.

- Ringger, B.: Maßt euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus. Westfälisches Dampfboot 2011.
- Robinson, J./Wiltkinson, F.: What has become of employment policy? Cambridge Journal of economics, I/1977. Zitiert in: Herbert Schui; Keynesianische Wirtschaftspolitik ist möglich.
- Schirmacher, F./Strobl, T. (Hrsg.): Die Zukunft des Kapitalismus. Suhrkamp Verlag Berlin 2010.
- Schmerzhafter Bedeutungsverlust. - In: Handelsblatt vom 31.08.2015, S. 11.
- Schnitzler, M.: Es geht darum, dass es den Menschen besser geht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08. 09. 2015.
- Sinn, H.W.: 1929 traf es die Juden – heute die Manager. In: Tagesspiegel vom 27. 10. 2008.
- Sinn, H.W.: Deutschland muss das Unternehmerkapital hofieren, weil nur dadurch Innovationen, Wachstum und Arbeitsplätze gewährleistet sind. - In: WSM Nachrichten vom 30. 10. 2005.
- Schwan, G.: Entreißet den Technokraten die Herrschaft über Europa. - In: Zeit online vom 1.10, 2015.
- Stiglitz, J.: Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Siedler München 2015.
- Straubhaar, T.: Finanzkrise ist für Marktwirtschaft und Kapitalismus eine Zäsur. - In: Die Welt vom 22.01. 2013.
- Streek, W.: Wie wird der Kapitalismus enden? - In: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 4/2015.
- Süddeutsche Zeitung vom 22. 06. 2015, S.17 und vom 24. 06. 2015, S.21.
- Tanzend zum Sozialismus 2.0. Thesen des ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden. - In: <http://www.jungewelt.de/2015/06-18/010.php>
- Van Treek, T.: Globale Ungleichgewichte im Außenhandel und der deutsche Exportüberschuss. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-3 2014.
- Vogl, J.: Bloß keine neue Geldreligion. - In: Berliner Zeitung vom 28.09. 2011.
- Wallerstein, I./Müller, H.: Und was jetzt? - In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010 Hamburg.
- Zinn, K.G.: Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. VSA-Verlag Hamburg 2015.

Adresse der Verfasserin: ChristaLuft@versanet.de